

CDU in Niedersachsen – Hindenburgstraße 30 – 30175 Hannover

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V.
Elgin Heuer
Steintor 2a
19243 Wittenburg



CDU

16.06.2022

sc

Per E-Mail: e.heuer@bdm-verband.de

Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter e.V. zur Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober

Sehr geehrte Frau Heuer,

vielen Dank für Ihre Mail. Damit Sie sich ein umfangreiches Bild über die Ziele und Maßnahmen der CDU in Niedersachsen für die nächste Legislaturperiode in Niedersachsen machen können, beantworten wir sehr gerne Ihre Fragen.

Milchmarkt

BDM: Wie sieht Ihre Partei die Zukunft einer regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft mit entsprechender Nutztierhaltung?

Antwort: Die Gesellschaft braucht eine auskömmliche wie auch leistungsstarke Landwirtschaft. Eine Landwirtschaft, die auf aktuelle Fragen wie dem Klimawandel, der Nachhaltigkeit und dem Tierwohl Antworten geben kann. Wir bekennen uns zur Tierhaltung und werden daher die Aus-, Fort-, und Weiterbildung von Landwirtinnen und Landwirten in Frage des Tierwohls, Klimaschutzes und nachhaltiger Produktivitätssteigerungen fördern. Tierhaltung mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist ein maßgeblicher Bestandteil der ländlichen Räume und häufig ein Garant für Beschäftigung, Wohlfahrt und dazu wichtiger Teil einer ganzheitlichen Naturschutzstrategie. Die Umsetzung der Ergebnisse der Borchert-Kommission braucht Zeit, verlässliche Regeln und Fristen. Wir werden

daher das Baurecht anpassen, um Tierwohl zu priorisieren und Zielkonflikte zum Emissionsschutz auflösen und damit für schnellere Umsetzung im Sinne des Tierwohls sorgen. Wir wollen das Modellprojekt „Stall der Zukunft“ aufsetzen. Eine praxisgerechte und finanzierbare Umsetzung von Tierwohl kann im Übrigen nur mit einem nachhaltigen Finanzierungskonzept gelingen. Dafür setzen wir uns ein.

BDM: Welche Veränderungen sind aus Sicht Ihrer Partei zur Etablierung eines Preisniveaus für die von der Landwirtschaft erzeugten Agrarprodukte notwendig, um die wirtschaftliche Perspektive unserer Höfe zu sichern?

Antwort: Die Landwirtinnen und Landwirte in Niedersachsen sorgen jeden Tag für unsere Ernährung und bilden gleichzeitig einen der wichtigsten Wirtschaftszweige dieses Landes. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die im nationalen und im internationalen Wettbewerb mithalten kann. Daher sind wir überzeugt, dass es einer systematischen Überprüfung des die Landwirtschaft betreffenden Verordnungswesens dahingehend bedarf, von welchen diese entlastet werden kann, um so auch zur Kostensenkung beizutragen. Die grundsätzlichen marktwirtschaftlichen Mechanismen wie den Einfluss von Angebot und Nachfrage auf Preise stellen wir nicht in Frage, sehen aber ein wichtiges Instrumentarium in der konsequenten Umsetzung des im letzten Jahr beschlossenen Agrar-Organisationen-und-Lieferketten-Gesetzes zum Schutz gegen unlautere Handelspraktiken. Zudem liegt ein Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zur Anwendung der Gesundheits- und Umweltnormen der EU auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Agrar- und Lebensmittelherzeugnisse vor. Wir werden und dafür einsetzen, dass im Einklang mit internationalen Handelsregeln umfassend Gesundheits- und Umweltnormen der EU bei eingeführten landwirtschaftliche Erzeugnisse und Agrar- und Lebensmittelherzeugnisse zur Anwendung kommen.

BDM: Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter**innen politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Antwort: Verpflichtende Vorgaben von Vereinbarungen über Milcherzeugerpreise, Liefermengen, Dauer und Qualitätsparameter der gesamten Liefermengen lehnt die CDU dem Grunde nach ab, dies ist aus unserer Sicht eine Aufgabe des Marktes. Vereinzelt sollte jedoch in besonders schwerwiegenden Krisensituationen die Möglichkeit bestehen, Vorgaben hinsichtlich der genannten Parameter zu

treffen. Nur so können auch über temporäre Krisensituationen hinaus, landwirtschaftliche Familieneinkommen gesichert werden, langfristige, investitionsstarke Planungen vorgenommen und Milchviehbetriebe erhalten bleiben.

BDM: Farm to Fork und Green Deal sind aktuell in aller Munde. Wie steht Ihre Partei dazu insbesondere vor dem Hintergrund der derzeit vielfach angezweifelten Ernährungssicherheit?

Antwort: Wie wichtig das Thema Ernährungssicherung ist, sehen wir aktuell vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs, hat uns als CDU in Niedersachsen aber bereits auch vor Kriegsausbruch bewegt. Die grundsätzlichen Ziele des Green Deal in Bezug auf die Treibhausgasneutralität der EU stellen wir ebenso wenig in Frage wie die Ziele der F2F-Strategie, hierzu auch im Bereich der Lebensmittelherzeugung dazu beizutragen. Für uns gehört dazu aber zwingend eine Politikfolgenabschätzung vor dem Erlassen von Gesetzen und Verordnungen, die die Landwirtschaft auch in Niedersachsen massiv beeinflussen werden. Maßnahmen, die lediglich zu sogenanntem „Carbon-leakage“ und zu „land-use-change“ ohne Berücksichtigung der Gesamtbilanz führen, stellen wir dabei sehr wohl in Frage.

BDM: Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

Antwort: Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine transparente Tierwohl- und Herkunftszeichnung ein.

BDM: Vertritt Ihre Partei auch die Auffassung, dass sich zusätzliche bzw. höhere Standards unabdingbar und 1:1 mittels einer Erhöhung der Preise für die entsprechenden Agrarprodukte auf den landwirtschaftlichen Betrieben wiederfinden müssen?

Antwort: Es entspricht unserer Definition eines „Gesellschaftsvertrages“, dass erhöhte Standards, die Gesellschaft von Landwirtschaft einfordert, auch entsprechend entlohnt werden. Das konkrete Beispiel aus Niedersachsen hierfür ist der Niedersächsische Weg für Arten-, Natur- und Gewässerschutz. Das gilt ebenso für die Umsetzung der Ergebnisse der Borchert-Kommission, auch hier gilt, dass es nur mit einem Finanzierungskonzept funktionieren kann. Der Markt alleine wird die Mehraufwendungen der Landwirtschaftsfamilien nicht hergeben.

BDM: Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat in ihrem Abschlussbericht die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl herausgestellt. Wie steht Ihre Partei zu den Ergebnissen der Zukunftskommission? Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf für die Politik?

Antwort: Mit dem Niedersächsischen Weg haben wir bereits gezeigt, wie wir Natur-, Arten und Gewässerschutz sowie die fachgerechte Bewirtschaftung der Flächen miteinander in Einklang bringen können. Unser Ziel ist, miteinander statt gegeneinander und Hand in Hand mit den Landwirtinnen und Landwirten sowie den Umweltverbänden zu arbeiten. Wir wollen die Land- sowie die Forstwirtschaft im Sinne eines nachhaltigen Produktivitätsfortschrittes weiterentwickeln. Wir werden diesen zu einem „Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft“ weiterentwickeln. Dieser soll die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfüllen. Wir werden in Zukunft noch mehr die berechtigten Interessen der Landwirtschaft und des Umweltschutzes miteinander verbinden. Auch im Bereich des Tierwohls haben wir die Niedersächsische Tierschutzstrategie -Tierschutzplan 4.0 etabliert und stärker die Expertise des Tierschutzbeirates genutzt und diesen eingebunden. Darauf wollen wir aufbauen. Konkreten Handlungsbedarf sehen wir insbesondere in der Frage auch zukünftig auskömmlicher Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft.

BDM: Mit der GAP 2020 und der darin berücksichtigten Gemeinsamen Marktordnung (GMO) wurde das Sicherheitsnetz für EU-Agrarmärkte erweitert. Mittels zeitlich befristeter Marktkrisenmaßnahmen kann Einfluss genommen werden auf eine Veränderung der angebotenen Menge an Agrarprodukten. Wird Ihre Partei dazu beitragen, dass die möglichen Marktmaßnahmen im Bedarfsfall auch eingesetzt werden? Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, im Fall von schweren Marktkrisen, zeitlich befristete Marktmaßnahmen verbindlich vorgeben zu können?

Antwort: Art. 148 GMO erlaubt es, dass bei schwerwiegenden Marktkrisen ein staatlicher Eingriff in den Markt unter Umständen gestattet sein kann. In diesem Fall können Festlegungen hinsichtlich des Preises, der Menge und der Laufzeit ausnahmsweise durch den Staat getroffen werden, um das Marktgleichgewicht wieder herzustellen. Diese Art der Krisenbewältigung stellt jedoch einen massiven Eingriff in das Marktgeschehen dar, daher sollte ein Eingriff nach Art. 148 GMO nur in schweren Marktkrisen eine Option bieten, um eine schnelle und gezielte Stabilisierung des Marktes zu erreichen.

BDM: Um dem Primärsektor zukünftig die Übernahme von mehr Marktverantwortung zu ermöglichen, wurden mittels der BDM-Sektorstrategie 2030, exemplarisch am Milchmarkt, aber auf alle Primärsektoren übertragbar, Überlegungen erarbeitet, die u.a. ein effizientes Marktmanagement ermöglichen würden. Wie steht Ihre Partei zu solchen Überlegungen?

Antwort: Die CDU unterstützt Überlegungen der BDM-Sektorstrategie, insbesondere zur Abfederung zum Teil extremer Marktvolatilität. Ebenso benötigen (häufig familiengeführte) Milchviehbetriebe Planungs-, Investitions- und Einkommenssicherheit, um sich krisenfest aufzustellen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Investitionskosten, bedingt durch beispielsweise höhere Tierwohl-Standards, in der Milchviehhaltung von Bedeutung. Gleichzeitig unterstützt auch die CDU die Überlegung des BDM, dass Klimaziele auch im Bereich der Milchviehhaltung erreicht werden müssen und somit eine Kreislaufwirtschaft stärker fokussiert werden sollte.

BDM: Milchmarkt => Der Markt funktioniert: Verringerung im Milchaufkommen = deutlich steigende Preise für Milchprodukte – aber: Anstieg der Milcherzeugerpreise deutlich langsamer und verzögert => Marktstellung der Milcherzeuger muss verbessert werden!

Wie steht Ihre Partei zu vorgenannten Forderung?

Antwort: Die CDU setzt sich für eine bessere Marktstellung der Milchviehhalterinnen und Milchviehhalter ein. Hierzu gehören Preisabsicherungsmodelle und vollständig transparente Marktinformationen.

Rote Gebiete

BDM: Wie steht Ihre Partei zur Vorgehensweise bei der Ausweitung „Roter Gebiete“?

Antwort: Niedersachsen ist in weiten Teilen ein hervorragender Standort für Ackerbau und Grünlandbewirtschaftung, wir setzen uns daher für einen Mechanismus der Ausweisung von Maßnahmen in den roten Gebiete ein, der sich am Verursacherprinzip orientiert. Wir wollen damit Perspektiven eröffnen, wie Betriebe wieder aus den beschlossenen Restriktionen entlassen werden können. Das Nitrat-Messstellennetz werden wir mit validen Maßgaben ertüchtigen, das Verwertungskonzept wollen wir abschaffen und das Düngemanagementsystem praxisgerecht stärken. Es bedarf auf europäischer Ebene vergleichbarer und einheitlicher Vorgaben für die Ausgestaltung der Nitrat-Messnetze.

Wolfsproblematik

BDM: Die stetig steigende Wolfspopulation, auch in Niedersachsen, macht, vor allem im Hinblick auf die gesellschaftlich gewollte Weidetierhaltung, ein entsprechendes Wolfsmanagement erforderlich.

Unterstützen Sie diese Forderung?

Antwort: Vor allem im ländlichen Raum führt die wachsende Wolfspopulation vermehrt zu Problemen. Wir setzen uns ein für ein aktives Wolfsmanagement, dass die Bejagung auch im Rahmen europäischer Artenschutzvorgaben einschließt. Darüber hinaus werden wir zum Schutz vor Wolfsrisiken Fördermaßnahmen für den Herdenschutz weiterentwickeln, Förderobergrenzen und -inhalte aufgeben oder ergänzen und die Regeln zur Beweislast vereinfachen. Ein wichtiges Element ist das Monitoring, damit insbesondere auch das Wanderverhalten sowie Reproduktions- und Anpassungsfähigkeit für eine valide zahlenmäßige Bewertung der Wolfspopulation stärker berücksichtigt wird. Niedersachsen ist außerdem Küstenland. Die Weidetierhaltung nimmt insbesondere für die Schutz der Deiche und damit einhergehend den Schutz der Küsten einen besonderen Stellenwert ein. Wolfsrisse von Schafen führen nicht zuletzt dazu, dass die Festigkeit der Deiche und somit der der Küsten verloren geht. Insofern sprechen wir uns für wolfsfreie Zonen in hochwasser- und sturmflutgefährdeten Küstenregionen aus.

Grünland/Moorschutz/Klimaschutz

BDM: Welche Position vertritt Ihre Partei bei zukünftigen GAP-Verhandlungen im Hinblick auf die Weidetierhaltung als weitere Eco-Schemes?

Die Weidetierhaltung sehen wir als besonders schützens- und unterstützungswürdige Form der Tierhaltung an. Eine Erweiterung der Ökoregelungen (Eco-Schemes) um die Weidetierhaltung sehen wir positiv, um Möglichkeiten zur Stabilisierung der Einkommen von Tierhaltern über die 1. Säule zu etablieren.

BDM: Zum Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft (NGrdstLwG). Zum vorgenannten Gesetzentwurf der Landesregierung gab es in Bezug auf die Umsetzung seitens einiger Verbände, u.a. unseres Landesverbandes, sowie von Frau Prof. Dr. Antje G.I. Tölle (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) z. T. kritische Anmerkungen.

Wie steht Ihre Partei zur Umsetzung des geplanten Gesetzes?

Der Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes über Grundstücksgeschäfte im Bereich der Landwirtschaft (NGrdstLwG) ist ein wichtiger Schritt, damit landwirtschaftliche Flächen dauerhaft gesichert werden und nicht in die Hände außerlandwirtschaftlicher Investoren gelangen. Dies soll beispielsweise durch die Herabsetzung der Genehmigungsfähigkeit bei der Veräußerung von Flächen schon ab einem halben Hektar erreicht werden. Boden als Grundlage aller landwirtschaftlicher Aktivitäten ist ständiger Verknappung ausgesetzt und bedarf daher eines besonderen Schutzes. Die CDU unterstützt daher den Gesetzesentwurf.

Mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir gemeinsam unser Land nach vorne bringen. Der Landesvorsitzende Dr. Bernd Althusmann und der Generalsekretär Sebastian Lechner haben am 22. April den Entwurf des Regierungsprogramms zur Landtagswahl am 9. Oktober vorgestellt. Nun geht es in die nächste Phase, in der alle Niedersachsen eingeladen sind, ihre Ideen einzubringen. Gleichzeitig geht es in die Beratung innerhalb der Niedersachsen Union, sodass am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag das Regierungsprogramm abschließend beraten wird.

Alles Gute für Sie und bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU in Niedersachsen